

# Auf der Suche nach den Wurzeln der Selbsthilfe

Alternative Genossenschaftstage 2002 in Oberursel

Burghard Flieger - Mehr als 100 Menschen kamen während der Alternativen Genossenschaftstages vom 7. bis zum 11.8.2002 ins Haus der Gewerkschaftsjugend nach Oberursel. Auf das größte Interesse stieß das Thema Wohnungsbaugenossenschaften, zu dem 70 Interessierte engagiert diskutierten. Nach den täglichen Fachbeiträgen stand im Rahmen der branchenbezogenen Runden Tische viel Raum für Diskussionen und inhaltlichen Austausch zur Verfügung. Deutlich wurde: Bei Bewohnergenossenschaften und bei Genossenschaften zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit erschwert die fehlende Hilfe zur Selbsthilfe Neugründungen.

Unter dem Leitthema „ Soziale Erfindungen und Innovationen in neuen Genossenschaften“ fanden in Oberursel bei Frankfurt die zweiten Alternativen Genossenschaftstage statt. Zentraler Bestandteil waren die branchenbezogenen Runden Tische zu den drei Themen „Genossenschaften im Naturkostsektor“, „Bewohnergenossenschaften“ und „Selbsthilfegenossenschaften für neue Beschäftigungsmöglichkeiten“. Die Reflexionsrunde am letzten Tag zeigte, dass das Konzept der Veranstaltung - Fachvorträge und praxisbezogener Austausch - auf große Zustimmung stieß. Inhaltlich blieben trotz intensiver Diskussionen viele Fragen vor allem über die zukünftige Tragfähigkeit der jeweiligen genossenschaftlichen Ansätze offen.

Durchgeführt wurde die Veranstaltung von der innova eG - Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften in Kooperation mit dem Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie, dem Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., dem netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. und der OekoGeno eG. Die innova selbst wurde gegründet, um Qualifizierungen von am Arbeitsmarkt Benachteiligten zu organisieren. Sie sollen so in die Lage versetzt werden, Selbsthilfegenossenschaften aufzubauen und sich mit dieser Organisationsform am Markt zu behaupten. Entsprechend dieses Themas wird die innova ebenso wie die Tagung durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL gefördert.

Genossenschaftliche Vermarktung

Im Naturkostsektor stehen immer wieder Marketingfragen im Vordergrund. Auffällig ist dabei, dass das Interesse an Umweltthemen in der Medienlandschaft auf immer weniger Interesse stößt. Martin Lichtl, Unternehmensberater aus Hofheim, führte dies auf den sinkenden Neuigkeitswert bzw. der Übersättigung breiter Bevölkerungskreise mit dieser Art von Information zurück. Sein Lösungsansatz, über Emotionalisierung und Ästhetisierung der Werbung im Umweltsektor wieder verstärktes Interesse in der Medienlandschaft zu erzeugen, wurde von vielen Teilnehmern sehr zwiespältig aufgenommen. Mit dem im Naturkostsektor verbreiteten Anspruch der sachlichen Information und Aufklärung als einer Art selbstverordneter Ehrenkodex lässt sich dies nur schwer vereinbaren. Beim Runden Tisch diskutierten Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften (EVG) und reine Erzeuger-Genossenschaften ihre Erfahrungen. Deutlich wurde, dass EVGs stärker politisch agieren. Aufklärung, Vernetzung, Anstöße zu neuen Aktionen und Organisationen sind die positiven Folgen. Die wirtschaftliche Stabilität und vor allem größere Absatzmengen zugunsten der Erzeuger können so allerdings teilweise nicht erreicht werden. Die EVG Landwege in Lübeck stellt hier mit ihrem neuen, wirtschaftlich gut laufenden Naturkostsupermarkt eher eine Ausnahme dar.

Im Unterschied zu den EVGs fehlt den Erzeuger-Genossenschaften der Kontakt zum Endverbraucher. Um die Produktion von über 100 Erzeugerbetrieben vertreiben zu können, suchen sie nach Absatzmöglichkeiten außerhalb des engeren Naturkostsektors einschließlich seiner Naturkostläden. Kooperationen mit dem herkömmlichen Lebensmitteleinzelhandel und Verarbeitern großer Chargen biologisch erzeugter Lebensmittel sind die Folge. Während EVGs sich so als erste Wegbereiter für den Absatz erweisen, tragen Erzeuger-Genossenschaften zu einer verstärkten Verbreitung von Biobiolebensmittel an Kunden bei, die rVaiurkostiäden nicht betreten.

Bestandsübernahme durch Bewohner Aktuell entstehen immer wieder Initiativen von Mietern, deren Wohnungen verkauft werden sollen, indem sie eine Genossenschaft gründen. Gerd Behrens verdeutlichte, dass sie zunehmend auf schlechtere Bedingungen stoßen. Berlin und andere Bundesländer mit zusätzlichen Finanzierungshilfen haben ihre Förderungen aufgrund der knappen staatlichen Haushaltsmittel eingestellt. Thomas Schaefers vom GdW schilderte zudem die vielfältigen Risiken solcher Gründungen. Sie liegen im oft zu hoch angesetzten Verkaufspreis, dem geringen Eigenkapital der Initiativen, den mittlerweile fehlenden Subventionen, den teilweise unattraktiven Objekten mit Leerstand und hohem Sanierungsbedarf sowie der häufig sehr heterogenen und damit konfliktträchtigen Bewohnerstruktur. Politisch stellen solche Initiativen dennoch wichtige Ansätze dar, um die sich am Wohnungsmarkt verschärfenden sozialen Gegensätze abzuschwächen.

Dass verdeutlichen auch die am Runden Tisch dargestellten Beispiele. Erhebliche Unterschiede bestehen hier zwischen Ost und West. Detlef Hecker von der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ eG in Chemnitz und Jörg Keim von der Heiterblick eG in Leipzig schilderten zwei Ansätze, die sich aus den Zwängen nach dem Altschuldenhilfegesetz ergaben. Die Genossenschaften wären an ihren Schulden Konkurs gegangen und wurden deshalb zum Verkauf von Wohnungen aus dem Bestand gezwungen. Anstatt dies über den freien Markt zu versuchen, wahrten sie den Genossenschaftsgedanken. Sie gingen den beschwerlichen Weg der Abspaltung bzw. der Ausgliederung und bildeten eigentumsorientierte Wohnungsgenossenschaften. Entscheidend für das Gelingen war letztlich das Engagement der verantwortlich handelnden Vorstände der ausgliedernden Genossenschaften. Die Mietergenossenschaften Bremer Höhe eG in Berlin und riwetho eG in Oberhausen, ähneln dagegen stärker Bürgerinitiativen. Sie wurden in den Bundesländern Berlin und Nordrhein-Westfalen durch staatliche Förderungen als Modell- und Versuchsprojekte konzipiert. Die riwetho, die eine Arbeitersiedlung übernommen hatte, blickt dabei auf eine über zwanzigjährige Geschichte mit Besetzung und vielen Auseinandersetzungen zurück. Im Vergleich dazu verlief der Prozess bei der Bremer Höhe schnell. 1999 entstanden die ersten Aktivitäten, im April 2001 erfolgte der Startschuss für den ersten Bauabschnitt zur Modernisierung und Ende 2003 sollen die insgesamt 514 Wohnungen bereits saniert sein. Beide Ansätze sind nach dem Eigenheimzulagegesetz konzipiert, so dass die Möglichkeit des Verkaufs einzelner Wohnungen an die Bewohner in der Satzung unauflösbar verankert ist. Anders wären die erforderlichen Finanzierungsmittel nicht zusammengekommen.

Arbeitsplätze durch Neugründungen Naheliegenderweise erwies sich das Thema „Initiativen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ als besonders schwierig. In den meisten Fällen müssen das Angebot am Markt, das Unternehmenskonzept sowie die fachlichen und sozialen Qualifikationen von Grund auf neu entwickelt werden. Unternehmensberater Norbert Körschgen aus Wuppertal schilderte die vielfältigen Schwierigkeiten auf dem Weg zum Team und die hierfür erforderlichen sozialen Kompetenzen. Eine Gruppe fällt schnell auseinander, wenn sich Einzelne die Erfolge auf die Fahnen schreiben wollen. Entsprechend ist nicht nur Fachwissen notwendig. In einer funktionierenden Gruppe müssen die Beteiligten in der Lage sein, sich und ihre Wirkungen auf die anderen wahrzunehmen. Andernfalls kann schnell Unzufriedenheit und eine ungewollte Demotivation der Übrigen entstehen, so dass die Gruppe weit hinter ihrer Leistungsfähigkeit zurückbleibt. Die drei beim Runden Tisch präsentierten Beispiele ließen nur wenig Schlussfolgerungen über die erforderlichen Bedingungen für eine Stabilisierung zu. Die WiWAt eG - Stadtteilgenossenschaft Mülheim am Rhein für solidarisches Wirtschaften, Wohnen, Arbeiten und

Leben, Köln - befindet sich noch in der Aufbauphase. Sie will mit der Genossenschaft nur einen rechtlichen Rahmen bereitstellen, in der sich eine Vielzahl von Initiativen und Projekten entwickeln kann und soll. Glaubwürdig ist sie durch das Engagement der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim, die ihre zwanzigjährigen Erfahrungen in die Genossenschaft einbringt. Die Kundenpartner Vollservice Herstellung und Vertriebs eG in Dresden schafft vor allem Arbeitsplätze für Behinderte. Sie beruht allerdings weniger auf dem Engagement der Betroffenen als vielmehr eines engagierten Unternehmers, der seine sozialen Zielsetzungen konsequent verfolgt.

Am stärksten ergaben sich noch Anregungen aus der Sozialgenossenschaft im Pfefferwerk, Berlin. Deutlich wurden die Probleme, sich mit einfachen Dienstleistungen am Markt behaupten zu können. Beispielsweise komplizieren die Auflagen der Handwerkskammer den Geschäftsbetrieb. Selbst einfachste Reinigungsarbeiten bedingen bei Arbeiten in sozialen Einrichtungen die Einstellung eines Meisters. Dessen Gehalt lässt sich aber genauso wie das anderer Leitungs- und Steuerungsfunktionen in der Genossenschaft nicht über die Stundensätze der Mitarbeiter erwirtschaften. Nach mehreren Veränderungen im Geschäftskonzept wurden gegenwärtig über zehn Arbeitsplätze im Bereich Bewachung geschaffen. Auch hier ist viel ehrenamtliche Tätigkeit notwendig, weil die Overheadkosten nicht voll abgedeckt werden. Insofern bleibt die Gesamtsituation der Genossenschaft prekär.

Begriffsproblem Selbsthilfegenossenschaft Zeitweise ergab sich auf der Tagung eine intensive Diskussion um den Begriff Selbsthilfegenossenschaft. Er wurde als weißer Schimmel, als wenig erhellender Doppelbegriff (Pleonasmus) empfunden. Tatsächlich wird damit aber an die Tradition und das Selbstverständnis früherer Genossenschaftsgründungen angeknüpft. Heute sind Genossenschaften in ihrer überwiegenden Mehrheit keine reinen Hilfseinrichtungen für wirtschaftlich benachteiligte Gruppen. Entsprechend wird fälschlicherweise wirtschaftlicher Förderauftrag und Selbsthilfe von vielen Genossenschaftstheoretikern gleichgesetzt.

Früher wurden Genossenschaften als „Kinder der Not“ bezeichnet. Zielsetzung der Mitglieder war die „Verbesserung einer schwachen Marktposition und damit die Verbesserung einer individuellen Ertrags- und Verbrauchslage“ (Seraphim). Dieses Verständnis eines gemeinsamen

Agierens aus Anlass einer Notsituation führt zu der Folgerung, dass der Selbsthilfecharakter erlischt, wenn die Notwendigkeit einer Hilfe nicht mehr gegeben ist. Durch den Begriff Selbsthilfegenossenschaften wird somit verdeutlicht, dass es hier um Genossenschaften geht, bei denen dauerhaft oder längerfristig mit Mitgliedern zusammengearbeitet wird, deren Situation Hilfe erfordert. Ihre persönliche Situation soll durch wirtschaftliche Unterstützung bzw. Selbsthilfe bewältigt oder zumindest stabilisiert werden. Ziel ist es auch hier, dass diese Selbsthilfe zumindest für den einzelnen Beteiligten auf Dauer nicht mehr erforderlich ist.

*Eine Tagungsdokumentation kann angefordert werden gegen 10 EURO plus Versandkosten bei innova, Hedwigstrasse 6, 04315 Leipzig, [Email: innovaCgenossenschaftsfoerderung.de](mailto:innovaCgenossenschaftsfoerderung.de)*